

S I D

Society for International Development - Chapter Bonn

Nachlese des 68. Entwicklungspolitischen Fachgesprächs vom
01.12.09 zum Thema:



„Werteorientierung in der internationalen Zusammenarbeit“

Dr. Bernd Eisenblätter, Geschäftsführer der GTZ

Einführung, Herr Oldenbruch:

Heute leben etwa 1 Mrd. Menschen in Armut. Vor ein paar Jahren galt Armutsbekämpfung noch als *das* Ziel der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Die Ursache des Problems ist jedoch bis heute nicht behoben worden, im Gegenteil, die Anzahl der Menschen, die in Armut leben, ist eher noch gestiegen. Daher stelle sich die Frage, ob das Wertesystem der internationalen EZ im Allgemeinen und der GTZ im Besonderen dieses Ziel der Armutsminderung stärker angehen sollte. Manche sagen, dass es wichtigere und größere Probleme als die Armutsminderung gäbe.

Was kann nun die Werteorientierung beitragen, um zu anderen gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den Entwicklungsländern (EL) zu kommen und wie kann dadurch erreicht werden, dass arme Bevölkerungen ihre Lebensbedingungen von sich aus verbessern können?

Vortrag, Herr Eisenblätter:

Es sollte nicht der Fehler begangen werden, in die Allmachtsfalle der EZ zu geraten. Die EZ kann nur einen Beitrag zur Armutsminderung leisten. Armutsminderung eng ausgelegt, trage, seiner Meinung nach, nicht zu Veränderungen bei. Auch politisch kann man arm sein. So gelte es insgesamt, die sozialen, ökonomischen und politischen Lebensbedingungen zu verbessern. Er zweifle, dass ACCRA und Post-ACCRA entscheidende Beiträge zur Lösung relevanter Probleme leisten können.

Hinsichtlich der Wertediskussion begruesse er den im neuen Koalitionsvertrag stehenden Satz: „In der Verfolgung der Ziele unserer EZ kommen unsere Werte und Interessen gleichermaßen zum Ausdruck.“ Hier werden Interessen und Werte nicht als Gegensatz gesehen, was, seiner Meinung nach, zu häufig in der Armutsbekämpfungs- Diskussion geschehe.

Zur Werteorientierung in der deutschen EZ haben die „Spranger Kriterien“ einen wichtigen Beitrag geleistet (Beachtung der Menschenrechte, Beteiligung der Gesellschaft am politischen Prozess, Gewährleistung von Rechtssicherheit, sozial marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung, Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns). Die Annahme sei, dass diese Werte, in den Partnerländern umgesetzt, zu einer ausgewogeneren Entwicklung führen würden. Doch sei im Verlaufe neuer Regierungen nicht ausreichend darauf aufgebaut worden. Inzwischen sei man stärker an *aid effectiveness* orientiert, wobei es, laut Herrn Eisenblätter, eigentlich um *development effectiveness* gehen müsse..

Im Bereich des politischen Dialogs, wie z.B. im Menschenrechtsdialog mit China, sollte man nicht von EZ sprechen, sondern besser von internationaler nachhaltiger Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Die Betonung der politischen Dimension der Entwicklungspolitik zeige sich außerdem in den Ansätzen der Stärkung guter Regierungsführung. In der Erklärung zu den MDGs und leider nur in dieser und nicht in den MDGs selbst, werden zwei wichtige Themen genannt, das seien Good Governance und soziale Sicherung.

Deutschland, und somit auch die deutsche EZ, habe als Mittelmacht und Mitverursacher von globalen Krisen, wie Klimawandel und die Finanzkrise, eine globale Mitverantwortung übernommen. Es gälte, gemeinsam an den globalen Krisen, wie Klimawandel und Finanzkrise, zu arbeiten und sich den Herausforderungen einer gerechteren Gestaltung der Globalisierung zu stellen. Das stehe nicht nur im Interesse der Entwicklungsländer, sondern auch der westlichen Welt.

Die Perspektivlosigkeit in bestimmten Regionen führe zu Bürgerkrieg und Migration, soziales Ungleichgewicht wiederum sei für den Terrorismus ein guter Nährboden.

Für eine Exportnation wie Deutschland seien stabile Absatzmärkte notwendig, daher bestehe ein Eigeninteresse an der Stabilisierung und gleichmäßigen Entwicklung von Ländern. Privatinvestitionen in den Partnerländern seien ein wirksames Mittel um Wirtschaftsentwicklung zu fördern und auf diese Weise werde ein Beitrag zur Armutsminderung geleistet.

In der deutschen EZ und TZ orientiere man sich zunehmend auf Themen, die früher tabu waren, wie den Schutz globaler Güter, Friedenskonsolidierung, Wiedereingliederung von Kämpfern und Polizeiaufbau. Zur Wertevermittlung gehöre darüber hinaus die Korruptionsbekämpfung und -vermeidung.

Ein wichtiger Wertetransport würde bei den sog. *Emerging Economies* oder Schwellenländer stattfinden, in denen Deutschland in einem internationalen Wettbewerb stehe:

Sind z.B. die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ein wichtiges Ordnungsprinzip für ein Wirtschaftssystem? Die Angelsachsen würden keine Ordnungspolitik, sondern Wirtschaftspolitik machen. Nebenher existiere das asiatisch-pazifische Modell eines Staatskapitalismus, wie er in China vorherrsche.

Weil das Wirtschaftssystem für die Kohäsion einer Gesellschaft große Auswirkungen habe, hielt es Herr Eisenblätter daher für legitim, für die kontinental- europäische Werteorientierung Werbung zu machen.

Ebenfalls mit Werten verbunden sei das duale Berufsausbildungssystem im Sinne einer Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Unternehmen. In der letzten Legislaturperiode war es fast ein non- Thema, doch es werde weltweit zunehmend nachgefragt. Im Sinne deutscher Interessen könne das duale Berufsbildungssystem flankierend für deutsche Unternehmen tätig sein.

Nachhaltige Entwicklung aus Sicht der GTZ fände durch ganzheitliche Ansätze statt, die

auf soziale und ökonomische Entwicklung achteten, prozessorientiert seien (Aushandlung von unterschiedlichen Interessen, um eine Kompromiss herbeizuführen), c) wertorientiert (Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, sozialen und ökonomischen Marktwirtschaft, Kooperations- und Partnerschaftsmodell) und integrativ seien. Herr Eisenblätter sei froh, dass die neue Regierung sich deutlich für die Umsetzungsseite von Vorhaben einsetze, im Sinne ganzheitlicher Transformationsprozesse, und nicht glaube, dass alleine eine gute Planung zum Ergebnis führe.

Diskussion:

Es entfachte sich zunächst im Publikum eine Diskussion um die Aktualität der Spranger Kriterien. Im Gegensatz zu Herrn Eisenblätters Auffassung sei der Spranger Katalog bis heute durchaus relevant. Der anwesende Mitarbeiter eines Regionalreferates bestätigte, dass die Kriterien in Zusammenarbeit mit dem Grundsatzreferat z.B. bei der Länderauswahl verwendet würden.

Es wurde auch darauf hingewiesen, dass im Bundestag ein überparteilicher Konsens zu den 5 Kriterien herrsche. Die Wertorientierung sei vom AWZ insgesamt absegnen worden und habe noch Gültigkeit im BMZ.

Zusätzlich würden außenpolitische Kriterien eine Rolle spielen, sodass sich die Anwendung der Kriterien häufig nur graduell zeige, in z.B. der Reduzierung von Neuzusagen, Umschichtung von TZ und FZ Portfolios, etc. WZ Referenten strukturieren ihre Jahresberichte entlang der Kriterien.

Von 2007 an seien zusätzlich weitere komplexere Kriterien eingeführt worden, wie u.a. das Verhalten in der internationalen Staatengemeinschaft.

Den parteiübergreifenden Konsens zur Entwicklungspolitik sieht Herr Eisenblätter in den letzten Jahren jedoch nicht. Aufträge würden immer bürokratischer vergeben, Kennungen wie „Gender“ oder „PGF“ (Programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierung) werden immer wichtiger. In der praktischen Arbeit könne er, im Gegensatz zu den Stimmen aus dem Publikum, keine Orientierung anhand der Spranger Kriterien erkennen.

Es wurde gefragt, wo der Unterschied zwischen „Internationaler Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung“ und „Entwicklungszusammenarbeit“ liege.

Unter internationaler Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung versteht Herr Eisenblätter das Zusammenspiel mit anderen Politikfeldern, wie Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik, um gemeinsam nachhaltige Politik zu fördern.

Ein weiterer Beitrag eröffnete die Diskussion über die Universalität der Werte und über die Frage nach den Problemen bei der Umsetzung der Wertepolitik speziell bei der GTZ. Sind die Werte wirklich so universal? Insbesondere in Afrika herrschten andere Wirtschafts – und Handlungsstile. Es entstehe, wenn unterschiedliche Werte unabgestimmt aufeinanderstoßen, Korruption sowie schlechte Regierungsführung.

Nach Herrn Eisenblaetters Auffassung, haetten alle Länder mit der Unterschrift der Menschenrechtskonvention deren Universalität anerkannt, was durch den Hinweis relativiert wurde, dass die Charta nicht von allen Ländern unterschrieben worden sei.

Die islamische Welt habe andere Grundwerte als wir, Afghanistan gar ein anderes Demokratieverständnis.

Die Diskussion um die islamische Zivilisation ist, laut Herrn Eisenblaetter, schwierig. Der Islam und nicht nur der fundamentalistische, habe eine Mission, sich in der Welt auszubreiten. Wir müssen uns fragen, ob wir diese Werte wollen.

Es sei falsch gewesen, zu glauben, dass man in Afghanistan einen zentralistischen Staat aufbauen könne. Der König habe immer mit den Regionalfürsten gearbeitet. Auf diese partizipativen Strukturen hätte man aufbauen und eine ländliche Entwicklung fördern müssen.

In der Frage nach der Umsetzung der Werte hat, laut Herrn Eisenblaetter, die GTZ gute Erfahrung bei Werten gemacht, die nicht moralisch überhöht seien, wie z.B. bei den Prinzipien einer sozio-ökologischen Marktwirtschaft und einer funktionierenden Demokratie. Diese Werte seien allerdings nur dann erfolgreich vermittelbar, wenn es in den Partnerländern ausreichend Ansatzpunkte für diese Wertvorstellungen gäbe oder wenn man auf dem Weg sei, sich z.B. ein neues Wirtschaftssystem aufzubauen.

Die Partner hätten letztendlich die Wahlmöglichkeit, z.B. auch im Bereich der Rechtsstaatsreformen. So konnten beispielsweise zentralasiatische Staaten nach dem Zusammenbruch der UdSSR zwischen dem Modell eines kontinental europäischen Rechts und dem angelsächsischen Recht (propagiert durch die Weltbank) wählen.

Herr Eisenblaetter fuehrte des weiteren im Zusammenhang mit der Diskussion um die praktische Werteumsetzung bei der GTZ das Beispiel der Korruptionsbekämpfung auf. Bei der GTZ, als Bundesunternehmen, das mit öffentlichen Geldern arbeite, gäbe es ein engmaschiges Antikorruptions-Netz, bestehend aus einem Ombudsmann, einem Integritätsbeauftragten und Integritätsregeln. Die GTZ sei zusaetzlich weniger anfällig für Korruption, da sie weniger Finanz- und eher Direktleistung über Personal erbringe. Die GTZ wirke an Antikorruptionsvorhaben z.B. in Ghana und Ländern Lateinamerikas mit.

Afrika sei in diesem Zusammenhang ein Sonderfall und Herr Eisenblaetter bezeichnete sich selbst als Afrika-Pessimist. Afrika habe ein Grundproblem. Die afrikanischen Eliten sähen sich nicht als Vertreter des gesamten Landes, sondern der Ethnie oder des Bereichs, aus dem sie kommen und entsprechend werde deren Gruppe privilegiert. Ohne Gesamtverantwortung könne jedoch keine geschlossene Volkswirtschaft entstehen.

Aus dem Publikums wurde bei dieser Diskussion um Afrika an eine historische Betrachtung appelliert. Afrika sei oft von außen etwas aufgezwungen worden, benoetige dagegen aber ebenfalls wie andere Laender einen längeren Prozess, bis bestimmte Werte entstehen. Dabei bleibe die Frage, wie ein Prozess angestoßen wird, ob er durch die Elite oder evolutionär historisch entstehe, und sich somit verwurzeln könne.

Für Herrn Eisenblätter gilt in diesem Zusammenhang die Theorie der nachholenden Entwicklung. Müssen alle Menschen Kriege durchleben bis für sie die Demokratie einen hohen Wert für den Zusammenhalt des Rechtsstaats habe?

Es gäbe funktionale Eliten die demokratische Regierungssysteme einführen, aber später anders handeln und wir sollten keine Ausreden für diese suchen. Positiv führte Herr Eisenblätter auf, dass China über Dialogpartnerschaften, in der das Lernen im Vordergrund stehe, Erfahrungen für sich nutzbar mache. Erfahrungen, z.B. wie Deutschland nach dem 2. Weltkrieg das Wirtschaftswunder geschafft habe, wie es gelungen sei, die DDR ohne größere Verwerfung einzugliedern.

Ein weiterer Beitrag schärfte nochmal den Blick auf die Grundsatzdiskussion, dass, so lange sich Disparitäten und Asymmetrien zwischen den Ländern immer weiter verschärften, alle Spranger Kriterien oder Club of Rome Überlegungen wenig nutzen würden, weil wir uns in einem völlig wahnwitzigen Konkurrenzwetlauf befänden, der einfach diesen Planeten nur als Verwertungsmasse begreife.

Sicherheitspolitik als Teil der neuen Verantwortung der Entwicklungspolitik führe genau dazu, dass diese immer mehr zum „Gutmensch“ degradiere. Nachdem wir weltweit Kriege führen, eine Finanzkrise losgetreten haben, bleibe doch die Frage, wie weit unsere Werte noch attraktiv seien? Es gehe daher darum, die Andersheit, die kulturelle Differenz – und ihre Akzeptanz - in den Vordergrund zu stellen.

Zu dem Vortragspunkt Interessen und Werte im Koalitionsvertrag wurde aus dem Publikum kommentiert, dass in der Interessenspolitik sich der Stärkere durchsetze, was zu Problemen bei den Grundwerten führe. Ein klassisches Beispiel sei hier Deutschland und China, die durch ihre Exportwirtschaft Ungleichgewichte schaffen, was nachhaltiges Wirtschaften in der Welt unmöglich mache.

Zum Aspekt der Globalisierung betonte Herr Eisenblätter, dass man diese nutzen sollte, um mehr Verteilungsgerechtigkeit unter den Ländern herbeizuführen, und mittels derer die einzelnen Länder dazu zu zwingen, ihre Hausaufgaben in einem globalen Kontext zu machen. Die EP sei nur ein Teil dieser Diskussion. Auch die jetzige Bundeskanzlerin kämpfe global für eine internationale soziale Marktwirtschaft und regulierte Finanzmärkte.

Das Thema Kohärenz wurde angesprochen. Herr Eisenblätter wies hierzu darauf hin, dass in Deutschland das Ressortprinzip vorherrsche. Die Kanzlerin könne nicht in die Ressorts hineinregieren. Jedes Ressort habe eine eigene Richtlinienpolitik und eine eigene Internationalisierungsstrategie. Ein Problem, was das Bundeskanzleramt durchaus erkannt habe.

Eine weitere Diskussion entfachte sich anhand der im Vortrag von Herrn Eisenblätter erwähnten Verteufelung der *Aid effectiveness* Agenda und ACCRA. So sei in Kenia beispielsweise ein gemeinsames Strategiepapier der Gebergemeinschaft erstellt worden, bei dem ein wesentlicher Aspekt sei, die Partner da abzuholen, wo sie stehen. ACCRA habe genau dazu aufgerufen, weniger Project Implementation Units zu schaffen und mehr

Umsetzung herbeizufuehren. Beim Heiligendamm - Prozess einigte man sich auf gemeinsame Werte und Herangehensweisen und es herrsche Konsens zur Position von ACCRA. Herr Eisenblaetter fuehrte zu diesem Einwand aus, dass der Bundesfachausschuss unter Mitwirkung der Kirchen ein Papier entwickelt habe, warum ACCRA kein guter Ansatz sei. Die neue Regierung habe sehr deutlich erklärt, dass sie mehr Sichtbarkeit der deutschen EZ fordere und die bilaterale und weniger die multilaterale Zusammenarbeit stärken möchte. Die Paris Declaration sei sehr gut, ACCRA hingegen ist, laut Herrn Eisenblaetters Auffassung, am grünen Tisch entwickelt worden.

In der Interessenfrage wurde abschließend ueber die Auslegung der Worte von Eppler diskutiert. Entgegen der Darstellung von Herrn Eisenblätter, Eppler habe gesagt „ Die Entwicklungspolitik sei das Politikfeld, das nicht die Interessen Deutschlands vertritt, sondern die Interessen der Partnerländer in Deutschland.“ wurde darauf hingewiesen, dass Herr Eppler gesagt hat: „Wenn wir die Interessen der EL berücksichtigen, berücksichtigen wir damit auch langfristig unsere eigenen.“

Jedenfalls wollte Herr Eisenblätter damit betonen, dass es Interessen der EL gäbe und eben auch langfristige Interessen Deutschlands, und es Ziel sei, über Verhandlungen eine win -win Situation für beide zu erreichen.

G.Oldenbruch

H. Pratsch